

«Wir haben an den Zahlen keine Freude»

Das Budget 2026 sorgte an der Einwohnerratssitzung in Brugg für rege Diskussion und verschiedene Änderungswünsche.

Deborah Bläuer

16 Traktanden standen auf der Liste der fünften diesjährigen Einwohnerratssitzung von Brugg am 17. Oktober. Am Ende der dreistündigen Sitzung, an der 47 Einwohnerratsmitglieder anwesend waren und das absolute Mehr bei 24 Stimmen lag, war gerade einmal Traktandum 2 abgeschlossen. Denn das Budget 2026 wurde rege diskutiert, insbesondere aufgrund vieler Änderungsanträge. Nachdem alle Einbürgerungsgesuche gutgeheissen worden waren, gab Julia Grieder (Grüne) eine persönliche Erklärung ab. Der Ton, in dem an der letzten Einwohnerratssitzung mit dem Stadtrat abgerechnet worden sei, störe sie. «Ich fordere eine respektvolle Kommunikation. Wir stehen als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte hier, um die Demokratie vorzuleben.»

Anschliessend wurde über die Dringlichkeit einer von Titus Meier (FDP) und Mitunterzeichnenden eingereichten Motion zum Budget abgestimmt. Der Stadtrat solle dem Einwohnerrat aufzeigen, mit welchen Massnahmen der Nettoverwaltungs-aufwand pro Einwohner und Einwohnerin wieder auf die Zielgrösse reduziert werden könne.

Der Bericht beziehungsweise ein erster Zwischenbericht solle dem Einwohnerrat zusammen mit dem Investitions- und Finanzplan 2027-2032 zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Die Motion erreichte die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit, damit sie für dringlich erklärt wurde.

SP will mehr Fokussierung auf Einnahmen

Danach stellte Stadträtin Yvonne Buchwalder das Budget 2026 der Stadt Brugg vor. Es weist einen operativen Verlust von 3,01 Millionen Franken auf. Dieser kann nur dank eines einmaligen Zusammenschlussbeitrags von 3,13 Millionen Franken für die Fusion von Brugg mit Villnachern kompensiert werden. Dass die Zielvorgaben aus der Finanzplanung (das Halten von 3120 Franken Nettoverwal-

tungsaufwand pro Einwohner und Einwohnerin) nicht eingehalten werden können, liegt vor allem an «nicht beeinflussbaren Budgetpositionen». Der Stadtrat hatte für das Budget 2026 diverse Kürzungen vorgenommen, erklärte aber auch, auf Sparmassnahmen zu verzichten, die einen Abbau von Leistungen der Verwaltung bedeuten würden.

Die SVP stellte einen Rückweisungsantrag zum Budget. Die Ausgaben müssten angesichts des Ergebnisses aus betrieblicher Tätigkeit von rund Minus 11 Millionen Franken um mindestens fünf Prozent reduziert werden, erklärte Stefan Baumann. «Eine Rückweisung ist kein Ausdruck gegen das Gemeinwohl, sondern ein Zeichen von Verantwortung, auch gegenüber der nächsten Generation.» Der Einwohnerrat lehnte den Rückweisungsantrag ab.

Yves Gärtner von den Grünen meinte generell zum Budget: «Bruggs Qualitäten müssen beibehalten und gestärkt wer-

den. Das machen wir nicht mit geschlossenen Schaltern bei der Stadt.» Die Grünen würden dem Budget zustimmen, so Gärtner.

Im Namen der GLP sagte Andrea Rauber Saxer: «Auch wir haben an den Zahlen im Budget keine Freude.» Man begrüsse aber, dass der Stadtrat selbst den Prozess durchleuchten und einen Massnahmenkatalog erarbeiten wolle. Zur immer wieder von verschiedenen Seiten vorgebrachten Forderung, attraktive Steuerzahlende nach Brugg zu locken, meinte sie: «Die Frage ist, wo sollen sich diese niederlassen? So viel Platz haben wir nicht in Brugg.» Die GLP stimme dem Budget zu, sei aber auch sehr gespannt auf den Bericht nächstes Jahr, so Rauber Saxer.

Die SP begrüsse den Entscheid des Stadtrats, dass keine Sparmassnahmen ergriffen werden, die einen Abbau von öffentlichen Leistungen bedeuten würden, so Pascal Ammann. Im Fokus solle vielmehr die Einnahmeseite stehen. Beispiels-

weise durch ein vielfältiges Kulturangebot und Anlaufstellen für die ganze Bevölkerung solle die Attraktivität von Brugg gesteigert werden.

Sparmassnahmen laut EVP zu wenig spürbar

Titus Meier sagte, zielführender als eine Rückweisung des Budgets sei es, die Prozesse zu beleuchten, weshalb die FDP ja die Motion eingereicht habe. Weiter erklärte er, es brauche ein Kostenbewusstsein, welches auch von der Verwaltung gelebt werde. Wichtig sei zudem, darüber Klarheit zu haben, was in Sachen neue Investitionen auf die Stadt zukomme. Als Beispiele nannte er in die Jahre gekommene Schulhäuser oder das Hallenbad, welches auch nicht jünger werde.

Elias Gerber erklärte, die Sparmassnahmen im Budget 2026 seien für die EVP zu wenig sichtbar und spürbar. «Wir haben nicht das Gefühl, dass schon sämtliche Möglichkeiten zu sparen ausgeschöpft werden.» Die EVP sehe an verschiedenen

Punkten noch Handlungsspielraum, den man aber dem Stadtrat überlassen wolle. «Wir werden schlussendlich dem Budget zustimmen. Nicht weil wir damit einverstanden sind, aber weil eine Rückweisung nicht viel bewirken würde.»

Barbara Geissmann (Mitte) bedauerte es, dass weniger investiert wird. «Ohne Investitionen kann es auch auf der Einnahmeseite nicht besser werden.» Bauprojekte, die die Attraktivität der Stadt fördern, seien essenziell. Seit Jahren seien die Bahnstufunterführung und der Neumarktplatz nach Ladenschluss unwirtschaftlich. «Hätte man dieses Problem schon vor einiger Zeit behoben, ginge es uns jetzt vielleicht besser.» Die Mitte werde dem Budget mit einem Änderungsantrag zustimmen.

In diesem sprach sich die Mitte für eine Erhöhung der Beiträge für private Organisationen ohne Erwerbszweck im Bereich Theater und Kultur von 2500 Franken aus. Dieser Betrag solle an das Kurtheater Baden gehen,

welches auch von vielen Bruggern und Bruggern frequentiert werde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Einwohnerrat genehmigt Budget 2026

Martin Brügger (SP) forderte in einem Änderungsantrag, den Beitrag zur Pflege vom Arten- und Landschaftsschutz in Villnachern zu erhöhen. Dem konterte Stefan Baumann mit einem Antrag, diese Position zu kürzen oder gleich auf null zu reduzieren. Beide Anträge wurden abgelehnt. Chancenlos blieben auch die vier weiteren Änderungsanträge der SVP. Die Partei verlangte in verschiedenen Bereichen eine Reduktion der Beiträge für private Organisationen ohne Erwerbszweck sowie im Bereich Raumordnung eine Kürzung des Beitrags für die Honorare von externen Beratern, Gutachtern und Fachexperten.

Schliesslich folgte die Abstimmung übers Budget. Es wurde mit 34 Ja- zu 12 Nein-Stimmen genehmigt.



An der Sitzung am Freitagabend, 17. Oktober, waren 47 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr lag bei 24 Stimmen.

Bild: Deborah Bläuer